

Bündnis 90/Die Grünen

Im Aalener Stadtrat

Tagesordnungspunkt „Albaufstieg von der B19 zur A7– Grundsatzbeschluss

Ergänzungsantrag zum Antrag der Stadtverwaltung

Der Beschlussantrag der Verwaltung soll ergänzt und abgeändert werden, so dass er wie folgt lautet:

1. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, eine Verkehrsuntersuchung in Auftrag zu geben, aus der sich ergibt, welche Kfz, differenziert nach Fahrzeugarten, auf der Verbindung von der B19 zur A7 unterwegs sind, woher diese kommen und welches Ziel sie haben.
2. Der Gemeinderat stimmt einem Beteiligungsprozess mit dem Ziel zu, den Albaufstieg im fraglichen Bereich im Sinne einer umweltfreundlichen Mobilität und der Vorgabe, Aalen bis 2035 klimaneutral zu machen sowie
 - a) eine möglichst große Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in Unterkochen zu erreichen
 - b) eine Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger in Ebnat und Waldhausen sowie in Aalen entlang der B19- Südumgehung zu vermeiden
3. Es ist unter Einbeziehung aller möglichen Verkehrsmittel eine umfassende Untersuchung folgender Fragen in Auftrag zu geben:
 - a) Wie kann möglichst viel Verkehr auf der Achse B19 - A7 unter den oben genannten Prämissen zeitnah auf umweltfreundliche Verkehrsträger verlagert und der Verkehr zukünftig so in Einklang mit dem Beschluss des Gemeinderats zur Klimaneutralität 2035 abgewickelt werden?
 - b) Welche möglichen Straßentrassen für den Albaufstieg gibt es?

- c) Wie stark greifen die jeweiligen Trassen in Natur und Umwelt ein und wie wirkt sich das auf die CO₂-Bilanz aus?
 - d) Wie hoch sind die Kosten für die Verlagerung eines möglichst hohen Anteils des MIV auf umweltfreundliche Verkehrsmittel und wie diejenigen für Straßenbaumaßnahmen gemäß Ziff.3b ?
 - e) Welche Mehr- oder Minderbelastungen ergeben sich für die Anwohnerinnen und Anwohner im gesamten Bereich der B19 Aalen bis zur Auffahrt zur A7 Ebnat sowie in Waldhausen auf Grund der vorgeschlagenen Maßnahmen gemäß Ziff. 3a und der möglichen neuen Aufstiegstrassen gemäß Ziff.3b ?
 - f) Wie ist die jeweilige CO₂-Bilanz in Abwägung der Maßnahmen nach Ziff.3a und der nach Ziff.3b, jeweils unter Einbeziehung notwendiger Baumaßnahmen ?
4. Die Verwaltung holt Angebote verschiedener Verkehrsbüros zur Bearbeitung dieser Fragen ein und stellt diese dem Gemeinderat vor. Der Gemeinderat trifft dann die Auswahl des Büros.

Begründung:

Nach Auffassung der Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen sind die gesamte Mobilität auf der Achse von der B19 zur A7 unter Einbeziehung aller potenzieller Verkehrsmittel und die Auswirkungen verschiedener Maßnahmen auf alle betroffenen Ortsteile und Ortschaften zu betrachten. Dabei ist der Grundsatzbeschluss des Gemeinderats zur Klimaneutralität bis 2035 zu beachten.

Ein eingeschränkter Fokus nur auf die Untersuchung möglicher Alternativtrassen im Bereich Unterkochen, würde den berechtigten Anliegen Unterkochens keinen Dienst erweisen. Eine reine Verlagerung des Kfz-Verkehrs kann andernorts zu neuen Belastungen führen und dort nur neue Widerstände hervorrufen. Das Ergebnis einer auf den Straßenbau eingeschränkten Verkehrsuntersuchung hätte überdies auf Grund der auch vom Land und vom Bund zwingend zu berücksichtigenden Klimavorgaben keine Chance auf Umsetzung. Damit gäbe man den lärm- und verkehrsgeplagten Unterkochener(inne)n letztlich Steine statt Brot. Für Unterkochen, andere betroffene Ortschaften bzw. Ortsteile und gleichermaßen für die Umwelt sind aber zeitnahe und nachhaltige Entlastungen anzustreben. Dafür ist eine ganzheitliche Betrachtung anzustellen.

Hierfür sollen nach Auffassung der Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen das know-how verschiedener Verkehrsbüros abgefragt und entsprechende Angebote eingeholt werden. Diese sollen dem Gemeinderat und den betroffenen Ortschaftsräten in einer gemeinsamen Sitzung vorgestellt und dann über die Vergabe des Untersuchungsauftrages entschieden werden.

Der Beteiligungsprozess der Bürgerinnen und Bürger soll auf dieser Basis im gleichen Umfang durchgeführt werden, wie von der Verwaltung vorgeschlagen.